

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3750 —

Chilepolitik der Bundesregierung

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300. 14 – hat mit Schreiben vom 1. Oktober 1985 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Was war der Anlaß des Besuchs des chilenischen Finanzministers Büchi Ende Juli 1985 in der Bundesrepublik Deutschland?

Der Aufenthalt des chilenischen Finanzministers Büchi in der Bundesrepublik Deutschland diente in erster Linie dazu, im Anschluß an die mit den privaten Geschäftsbanken getroffenen Umschuldungsabsprachen unmittelbar Kontakte mit deutschen Geschäftsbanken aufzunehmen. Der chilenische Finanzminister hat diese Gelegenheit dazu genutzt, auch die Bundesregierung persönlich über die von der chilenischen Regierung ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Probleme Chiles zu unterrichten.

2. Hat die Bundesregierung dem chilenischen Finanzminister Büchi ihre Unterstützung beim Abbau der chilenischen Außenverschuldung zugesagt?

Die Bundesregierung hat sich an den multilateralen Umschuldungsverhandlungen zwischen Chile und seinen westlichen Gläubigerländern am 17. Juli 1985 in Paris beteiligt. Sie hat in den Gesprächen mit dem chilenischen Finanzminister Büchi auf den darin liegenden deutschen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Chiles hingewiesen. Weitergehende Zusagen sind nicht gemacht worden.

3. Beabsichtigt die Bundesregierung den Abschluß eines Investitionsförderungsabkommens, auf dessen Bedeutung der Parlamentarische Staatssekretär Grüner (BMWi) laut Pressemitteilung des BMWi vom 24. Juli 1985 hingewiesen hat?

Die Bundesregierung ist daran interessiert, mit möglichst vielen Entwicklungsländern Investitionsförderungsverträge abzuschließen.

4. Welche Vorteile mißt die Bundesregierung dem Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Chile bei?

Mit dem Abschluß eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Vertragsstaat werden die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten auf eine feste steuerliche Grundlage gestellt. Damit sollen zugleich die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen verbessert und ein Schutz deutscher Unternehmen vor unangemessener Ausweitung der Besteuerungsansprüche des jeweiligen anderen Vertragsstaates geschaffen werden. Dies gilt auch im Verhältnis zu Chile.

5. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die heutige wirtschaftliche, soziale und politische Situation in Chile ein günstiges Investitionsklima für die bundesdeutsche Industrie darstellt?

Es ist Aufgabe der Unternehmen, das Investitionsklima eines Landes zu bewerten. Das bisher geringe Engagement deutscher Unternehmen in Chile weist darauf hin, daß noch erhebliche Investitionshemmnisse bestehen.

6. Sind nach Gesprächen des chilenischen Finanzministers mit bundesdeutschen Regierungsvertretern und Geschäftsbanken Zusagen über neue Kreditvereinbarungen gegeben worden?

In Gesprächen mit Regierungsvertretern sind keine neuen Zusagen über Kreditvereinbarungen gegeben worden.

Über Verhandlungen der Geschäftsbanken mit Minister Büchi ist nichts bekannt.

7. Aus welchem Grund traf sich der chilenische Finanzminister mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dies angesichts der Behauptung der Bundesregierung, sie wolle nur einem demokratischen Chile Hilfe zukommen lassen?

Das Gespräch diente einem allgemeinen Gedankenaustausch. Dabei wurden auch allgemeine Aspekte des Nord-Süd-Dialogs

behandelt, zumal Finanzminister Büchi dem gemeinsamen Ministerausschuß von Weltbank und Internationalem Währungsfonds für Fragen des Ressourcen-Transfers in Entwicklungsländer (Development Committee) angehört.

8. Hat Bundesminister Dr. Warnke gegenüber dem chilenischen Finanzminister die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt?

Nein.

9. Welche staatlichen Mittel wurden im Jahr 1985 an Chile gegeben?

Ohne Abkehr von dem Grundsatz, daß derzeit eine Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Chile nicht beabsichtigt ist, wurden 1985 bisher folgende Mittel für bestimmte Zielgruppen in Chile bereitgestellt:

- | | |
|--|--|
| a) einmalige Sonderhilfe für Erdbeben-
geschädigte über private chilenische
Träger im Rahmen der Technischen
Zusammenarbeit | 9,987 Mio. DM |
| b) im Rahmen der Handelsförderung
(Unterstützung von Messebeteiligungen
für kleinere und mittlere chilenische
Firmen) | 0,14 Mio. DM |
| c) Gewährung von 10 Stipendien zur Aus-
und Fortbildung | } Bezifferung
noch nicht
möglich |
| d) Zuschuß für eine integrierte Fachkraft | |

10. Welche Ergebnisse beinhaltet der Prüfungsbericht über einen ungebundenen Finanzkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zwecks Rohstoffsicherung der KfW-Delegation, die im Mai 1984 in Chile war?

Der Prüfungsbericht der KfW beschreibt die wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Aspekte des geplanten Rohstoffprojekts. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das Projekt lebensfähig erscheint und für die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik Deutschland von Interesse ist.

11. Ist es bis heute zu einer Zusage bzw. Auszahlung eines ungebundenen Finanzkredits der KfW gekommen, und wenn ja, in welcher Höhe?

Es ist bis heute nicht zu einer Zusage bzw. Auszahlung eines ungebundenen Finanzkredits der KfW für ein Rohstoffvorhaben gekommen.

12. Welche Initiativen seitens der chilenischen Regierung und/oder der DEG gibt es für ein zukünftiges Engagement der DEG in Chile?

Die DEG ist seit mehr als zehn Jahren kein neues Engagement mehr in Chile eingegangen. Sie hat dort inzwischen auch keine Engagements aus früherer Zeit mehr. Ihr liegt auch kein Antrag der chilenischen Regierung zur Prüfung der Förderungswürdigkeit vor.

Sie beabsichtigt ihrerseits nicht, eine Initiative für ein neues Engagement in Chile zu ergreifen.

13. Welche Hermes-Bürgschaften hat die Bundesregierung in den letzten zwölf Jahren für Chile gegeben, in welchem Umfang und für welche Vorhaben?

Ich bitte um Verständnis, daß Angaben über den Umfang von Ausfuhrleistungsgewährleistungen des Bundes, die nicht geographische Räume, sondern Einzelländer betreffen, bei uns wie auch in anderen Exportländern vertraulich behandelt werden. Ich bin gerne bereit, in den Bundestagsausschüssen die gewünschten Zahlenangaben – soweit sie verfügbar sind – zu machen.

14. Welche Exportfinanzierungen sind in den letzten zwölf Jahren durch die KfW oder andere geleistet worden, für welche Vorhaben und in welchem Umfang?

Die Bundesregierung kann aus rechtlichen Gründen hierzu keine Angaben machen.

15. Ist die von der Bundesregierung genehmigte Auslieferung des MBB-Hubschraubers BO 105 an Chile durch Hermes-Bürgschaften abgesichert, und wenn ja, in welcher Höhe?

Aus Gründen der Vertraulichkeit können zur Frage der Deckung von Einzelgeschäften keine Angaben gemacht werden.

16. Auf welche Weise und mit welchen konkreten Maßnahmen versucht die Bundesregierung, auf die Beschleunigung des Übergangs zur Demokratie in Chile hinzuwirken?

Die Bundesregierung hat sich in öffentlichen Erklärungen – auch gemeinsam mit ihren europäischen Partnern – und in zahlreichen Gesprächen mit den am Demokratisierungsprozeß beteiligten politischen Kräften Chiles wiederholt für eine Beschleunigung des Übergangs zur Demokratie ausgesprochen. Die letzte Erklärung der Zehn wurde am 10. September dieses Jahres abgegeben (Anlage). Angesichts der zunehmenden Polarisierung der politischen Lage in Chile wird die Bundesregierung ihre Bemühungen in Zukunft weiter intensivieren.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Christdemokraten Zaldivar auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Chile und der Durchführung eines Referendums vor Ablauf der Amtszeit Pinochets (vgl. Monitor-Dienst vom 20. August 1985)?

Die Bundesregierung hat sich stets für die Aufhebung des Ausnahmezustands und eine rasche Demokratisierung eingesetzt. Diesem Ziel können auch die Vorschläge Zaldivars dienen. Die Bundesregierung begrüßt im übrigen die durch Vermittlung des Kardinal-Erzbischofs von Santiago, Fresno, am 25. August 1985 zustande gekommene Grundsatzerklärung fast aller demokratischen Parteien Chiles zugunsten eines geordneten Machtübergangs. Sie hofft, daß diese Erklärung der chilenischen Regierung als Ausgangsbasis für die Wiederaufnahme des 1983 unterbrochenen Dialogs zwischen Regierung und demokratischer Opposition dienen kann.

18. Kann die Bundesregierung die Angaben des Chilenischen Komitees für Menschenrechte, nachdem die Anzahl der politisch motivierten Entführungen in Chile im Jahr 1985 gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, bestätigen, und welche generellen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Situation der Menschenrechte in Chile vor?

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ist die Zahl politisch motivierter Entführungen in Chile in den letzten Monaten tatsächlich angestiegen.

Insgesamt ist die Lage der Menschen- und Bürgerrechte in Chile unbefriedigend. Sie hat sich durch die Aufhebung des Belagerungszustandes im Juni 1985 bei Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nur teilweise verbessert. Die Zahl der Verhaftungen und internen Verbannungen ist seit Anfang 1985 leicht rückläufig.

19. Welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte tragen nach Ansicht der Bundesregierung die Hauptverantwortung für die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Chile und für die Mißachtung der Menschenrechte?

Die Hauptverantwortung für die gewaltsamen Auseinandersetzungen tragen Extremisten von links wie von rechts, für die Mißachtung der Menschenrechte in erster Linie die Organe des Staates.

Anlage

Ministertreffen über Politische Zusammenarbeit

Luxemburg, 10. September 1985

Erklärung zu Chile

Rohübersetzung

Die zehn Außenminister begrüßen die Annahme eines Dokumentes mit dem Titel „Nationale Übereinkunft für den Übergang zur vollen Demokratie“ durch ein breites Spektrum der chilenischen Parteien. Es ist Folge der Bemühungen des Kardinal-Erzbischofs von Santiago, Monsignore Juan Francisco Fresno, die nationale Aussöhnung in Chile voranzutreiben.

Die Zehn sind davon überzeugt, daß diese lobenswerte Initiative von größter Bedeutung für die politische Zukunft des Landes ist und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß den kürzlich unternommenen Schritten in Kürze weitere folgen, die zu einer beschleunigten Rückkehr Chiles zur Demokratie beitragen.

Angesichts der jüngsten Ereignisse, die den Tod zahlreicher Menschen und die Festnahme einiger hundert Demonstranten zur Folge hatten, rufen die Außenminister der Zehn die chilenischen Behörden erneut auf, die Menschenrechte zu respektieren und die Wiederherstellung der Demokratie in Übereinstimmung mit den Wünschen des chilenischen Volkes nicht weiter zu behindern.

